***Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der Maßnahme:***

***Kofinanzierung der Breitbandförderung durch den Bund in Schleswig-Holstein***

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Antragsteller/in mitsamt Anschrift) |  | Ort, Datum |
| An das  Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  Abteilung 8  Hamburger Chaussee 25  24220 Flintbek |  | Auskunft erteilt:        Tel.-Nr.:  E-Mail: |
|  |  | Bankverbindung:    IBAN-Nr.:  BIC: |

|  |
| --- |
| **Betr.**: (Zuwendungszweck)  Kofinanzierung der Breitbandförderung durch den Bund in Schleswig-Holstein –       – e-Akte des Bundes: |
| **Bezug:** Kofinanzierung der Breitbandförderung durch den Bund in Schleswig-Holstein  Kofinanzierungsbreitbandrichtlinie Amtsblatt SH 2019, 518 |

|  |
| --- |
| **Vom LLUR auszufüllen:**  Eingangsstempel LLUR: Eingangsstempel BKZSH:  BNRZD des Antragstellers: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Aktenzeichen B in Profil: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |

|  |
| --- |
| 1. Fördermaßnahme (kurze, eindeutige Beschreibung der Maßnahme mit Bezug auf die Notwendigkeit inkl. Art der Investition (z.B. Wirtschaftlichkeitslücke, Leerrohre, Machbarkeitsstudie, Planungsarbeiten, Informationsveranstaltungen, Länge der Leitungen oder der Leerrohre, Angaben zu dem Versorgungsgebiet, genaue Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke , Erläuterung der Businesspläne beim Betreibermodell, Nettoeinnahmen, usw.) Maßnahme:   a. Wirtschaftlichkeitslückenmodell  b. Betreibermodell  c. Mitverlegung Leerrohre  d. Planung- und Beratung  d.1 rechtliche Beratung/ Planung  d.2 technische Beratung/ Planung  d.3 wirtschaftliche Beratung/ Planung  Erklärungen (kurze Darstellung der Maßnahme mit räumlichem Bezug; ggf. mit Anlage): |

|  |
| --- |
| 1. Durchführungszeitraum:   Die Maßnahme soll im Zeitraum vom       bis       durchgeführt werden. |

|  |
| --- |
| 1. Es wird die Gewährung einer Zuwendung beantragt in Höhe von       Euro beantragt. |

1. **Kosten- und Finanzierungsplan**

|  |
| --- |
| Aufwendungen:  Die voraussichtlichen Gesamtausgaben (brutto) betragen insgesamt       Euro.  Der detaillierte Kosten- und Finanzierungsplan ist als Anlage beigefügt. |

1. **Begründung:**

|  |
| --- |
| 1. a)  Zur Maßnahme grundsätzlich (Notwendigkeit, Gegenüberstellung zwischen dem Betreibermodell und dem Wirtschaftlichkeitslückenmodell, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Strukturwirksamkeit):   b)  Der Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung (Downstreamübertragungsrate von weniger als 16 Mbit/s zu erschwinglichen Preisen) unter Berücksichtigung der Ausbauabsichten der Netzbetreiber während der nächsten drei Jahre wird erbracht durch Verweis auf Interessenbekundungsverfahren oder Markterkundungsverfahren:        c)  Darstellung des ermittelten und prognostizierten Bedarfs an Breitbandanschlüssen im zu versorgenden Gebiet (ggf. Verweis auf den betreffenden Abschnitt der Machbarkeitsstudie):        d)  Folgende Indikatoren dienen der Beurteilung des Umfangs der Zielerreichung: (Bitte zeitbezogene Ausgangs- und Zielwerte benennen.)  - Einwohner im Projektgebiet (Summe der Einwohner der beteiligten Gemeinden gemäß Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein)       - Zusätzliche erreichte Gebäude und Haushalte (neu versorgte Gebäude und Haushalte)       - Insgesamt erreichte Haushalte (versorgte Gebäude und Haushalte im Projektgebiet gesamt)       - Mögliche Übertragungsgeschwindigkeit       - Km Trassenlänge  - Versorgungstechnik (FTT/B; FTT/H; sonstige)  - Teilnehmeranschlüsse[[1]](#footnote-1):   Haushalte:       Krankenhäuser:       Schulen:       Gewerbegebiet:  - ggf. weitere Indikatoren:   1. Bewertung möglicher Umweltauswirkungen des Projektes:   Die Umweltauswirkungen wurden im Baugenehmigungsverfahren bewertet.  Die Baugenehmigung ist als Anlage beigefügt.  Die Investition ist nicht baugenehmigungspflichtig.  Eine Bewertung der Umweltauswirkungen ist als Anlage beigefügt.  Es handelt sich ausschließlich um Vorarbeiten (z.B. Planungen, Machbarkeitsstudien) zu einer  Investition. Negative Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.  Stellungnahme siehe Anlage.   1. Ausführungen zu den Projektauswahlkriterien:    1. Das Vorhaben umfasst folgende Orte bzw. Ortsteile:       (namentliche Nennung ggf. auch Kartendarstellung)   1-4  5-9  10-19  ab 20   * 1. Versorgungstechnik   FTT/B oder FTT/H  Sonstige Versorgungstechniken   * 1. Projektierter Versorgungsgrad der Orte/ Ortsteile (mindestens 95% der Haushalte) nach Abschluss der Maßnahme:  über 30 Mbit/s  über 50 Mbit/s  über 100 Mbit/s  über 1 Gbit/s   2. Die Planungsarbeiten für das Vorhaben wurden bereits mit Landes-, Bundes- und/oder  EU-Mitteln gefördert:  ja,  nein Daten des Förderbescheides (Az; Datum und Zuwendungsgeber):   3. Versorgungsgrad der Orte / Ortsteile zum Bewilligungszeitpunkt mit einer Aufgreifschwelle von:   unter 6 Mbit/s  unter 16 Mbit/s  unter 30 Mbit/s   Nachweis wurde erbracht durch      . |

1. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wird beantragt: (ggf. ankreuzen)  
     
    JaBegründung der Dringlichkeit:

1. **Erklärungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers:**  
   Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anzuerkennen:

|  |
| --- |
| 1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften -ANBest-K; 2. Baufachliche Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften VV / VV-K Nr. 6 zu § 44 Abs. 1 LHO  (ZBau) (bei Baumaßnahmen); 3. Richtlinie zur Förderung der Breitbandversorgung in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins -Breitbandrichtlinie- vom 30.05.2017 i.V.m. den GAK-Fördergrundsätzen für die integrierte ländliche Entwicklung i.V.m. mit dem Landesprogramm Ländlicher Raum (LPLR) 2014-2020 in der jeweils aktuellen Fassung; 4. Merkblatt zu Kürzungen und verwaltungsrechtlichen Sanktionen mit Rahmensanktionskatalog für investive ELER-Maßnahmen; 5. Merkblatt zur Information der Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Agrarfonds (EGFL/ELER) über die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 111 der VO (EU) Nr.1306/2013. 6. Informationsblatt zur Publizität 7. NGA-Rahmenregelung vom 15.06.2015 (genehmigt durch die Europäische Kommission am 15.6.2015: Staatliche Beihilfe SA.38348 (2014/N)-Deutschland) in der aktuell gültigen Fassung. 8. VO (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108  AEUV (notifiziert durch die Europäische Kommission am 16.07.2014: Staatliche Beihilfe SA.39091 (2014/X)-Deutschland). 9. Erklärung der Zahlstelle EGFL / ELER zur Erfüllung der Informationspflicht bei der Erhebung von personenbezogenen Daten (für Maßnahmen im LPLR) 10. Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung mit Mitteln des Landes und Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bzw. mit Mitteln des Landes – Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (für Maßnahmen außerhalb LPLR) |

|  |
| --- |
| Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt, dass   * das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird, sofern keine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt wurde; * die jeweiligen Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet werden/wurden. * Mittel aus weiteren Förderprogrammen nicht beantragt wurden und werden (Ausschluss einer Doppelförderung).   Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben. Die Gesamtfinanzierung ist gesichert. |

|  |
| --- |
| Dem Antrag wurden folgende Unterlagen beigefügt:  a) Kosten- und Finanzierungsplan  b) Lageplan mit Darstellung des Versorgungsbereiches im Maßstab 1:25.000 sowie in digitaler Form (georeferenzierte  Daten im Datenformat GeoJ-Son)  c) Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung  Selbsterklärung zur „Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung“  Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens (IBV)  Baugenehmigung  Bewertung der erwarteten Umweltauswirkungen gemäß Ziffer 5.2  Zusicherung der Neutralität und Unabhängigkeit für Planungs- und Beraterleistungen  Markterkundungsverfahren (MEV)  Anschlussnutzungskonzept bei der Mitverlegung von Leerrohren  Verträge, o.Ä. zwischen Antragsteller/ Zuwendungsempfänger und Telekommunikationsunternehmen  Kooperationsvereinbarungen  Vergabevermerk(e)  Stellungnahme der zuständigen LAG AktivRegion bzw. des Trägers einer anderen lokalen Entwicklungsstrategie   oder von Plänen für die Entwicklung der Gemeinden und Dörfer in ländlichen Gebieten  bereits bestehende GIS-Daten  Übersicht der buchbaren Tarife des künftigen Netzes  Sonstiges: |

            \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

(Datum) (Rechtsverbindliche Unterschrift )

1. Ein Haushalt entspricht einem Teilnehmeranschluss, je Klassenraum (23 Schüler) oder Schulverwaltung in Bildungseinrichtungen, je Unternehmen oder jedem internetverbundenen Arbeitsplatz/ Betriebsmittel innerhalb eines Gewerbegebietes, Krankenhäusern je Krankenhausverwaltung oder jede(s) medizinische Station/ Fachabteilung/ Institut oder pro 11 Betten [↑](#footnote-ref-1)